

RONNIE SCHÖB

Steuerreform und Gewinnbeteiligung

*Beiträge zur
Finanzwissenschaft*

9

Mohr Siebeck

Beiträge zur Finanzwissenschaft

herausgegeben von
Hans-Werner Sinn und Wolfgang Wiegard

9



Ronnie Schöb

Steuerreform und Gewinnbeteiligung

Neue Wege aus der Beschäftigungskrise

Mohr Siebeck

RONNIE SCHÖB, geboren 1962; Studium der Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 1989–99 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Versicherungswissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München; 1994 Promotion (Dr. oec. publ.); 1994–95 Visiting Lecturer an der University of Essex, U.K.; seit 1995 Wissenschaftlicher Assistent am Center for Economic Studies der Ludwig-Maximilians-Universität München; seit 1997 Geschäftsführer des Vereins für Socialpolitik.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schöb, Ronnie:

Steuerreform und Gewinnbeteiligung : neue Wege aus der
Beschäftigungskrise / Ronnie Schöb. – Tübingen : Mohr Siebeck, 2000

(Beiträge zur Finanzwissenschaft ; Bd. 9)

ISBN 3-16-147386-8 / eISBN 978-3-16-162834-4 unveränderte eBook-Ausgabe 2024

© 2000 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0340-675X

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Februar 2000 an der Volkswirtschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Habilitationsschrift angenommen. Meinem akademischen Lehrer Hans-Werner Sinn habe ich nicht nur für viele wertvolle Anregungen zu dieser Arbeit zu danken, sondern auch für das einmalige Forschungsumfeld, das er mit dem *Center for Economic Studies* (CES) in München geschaffen hat. Dank gebührt auch Ray Rees. Er hat das Zweitgutachten geschrieben und meinen Werdegang mit steter Aufmunterung und konstruktiver Kritik begleitet.

Zwei Kollegen möchte ich besonders hervorheben. Die Kapitel zur Faktoreinkommensbesteuerung basieren auf gemeinsamen Arbeiten mit Erkki Koskela von der Universität Helsinki. Die Zusammenarbeit mit ihm war immer äußerst produktiv und auch für diese Arbeit sehr hilfreich. Marcel Thum hat nicht nur die ganze Arbeit gelesen und kritisch kommentiert, er hat mir auch in der Endphase der Arbeit den Rücken freigehalten von administrativen Arbeiten am Lehrstuhl und beim *Verein für Socialpolitik*.

Viele weitere Freunde und Kollegen haben zum Erfolg dieser Arbeit beigetragen. Dafür möchte ich mich insbesondere bei Helge Berger, Jeremy Edwards, Wolfgang Eggert, Holger Feist, Clemens Fuest, Andreas Haufler, Manfred Lunke, Michael Reutter, Ulrich Scholten, Claudio Thum, Alfons Weichenrieder und Jakob von Weizsäcker bedanken. Viel von ihrer Kritik, ihren Anregungen und Verbesserungsvorschlägen ist in diese Arbeit eingeflossen.

Ohne den familiären Rückhalt wäre diese Arbeit nicht entstanden. Obwohl meine Tochter Sarah in den letzten Jahren viel zu oft auf ihren Vater verzichten und meine Frau Christine sehr viel Geduld aufbringen mußte, haben sie mir in der knapp bemessenen gemeinsamen Zeit immer wieder gezeigt, daß sich das Leben nicht nur in Modellwelten abspielt. Auch meine Mutter Elisabeth Lunke war mir in all den Jahren ein wichtiger Rückhalt. Meiner Familie gilt deshalb mein ganz besonderer Dank. Ihr ist dieses Buch gewidmet.

München, im April 2000

Ronnie Schöb

Inhaltsverzeichnis

Einführung	1
1 Arbeitslosigkeit in Deutschland	1
2 Tarifaautonomie und Verteilungskampf.....	10
3 Zur Konzeption der Arbeit.....	14
 1. Kapitel: Theorie und Praxis der Faktoreinkommensbesteuerung.....	17
1.1 Besteuerung von Faktoreinkommen in Deutschland.....	18
1.2 Die Wirkung von Lohn- und Kapitaleinkommensteuer in funktionsfähigen Arbeitsmärkten.....	28
1.3 Besteuerung und Arbeitslosigkeit	41
1.4 Zusammenfassung und Ausblick.....	45
 2. Kapitel: Faktoreinkommensbesteuerung und Arbeitslosigkeit	47
2.1 Das Grundmodell.....	49
2.2 Lohnsteuersystem versus Kapitalsteuersystem	54
2.3 Marginale Reform der Faktoreinkommensbesteuerung.....	61
2.4 Investitionen und internationale Wettbewerbsfähigkeit	72
2.5 Ein Vergleich mit der bisherigen Literatur zur Kapitaleinkommensbesteuerung.....	76
2.6 Anhänge	80
 3. Kapitel: Gewerkschaften und Lohnverhandlungen	85
3.1 Tarifaautonomie und Lohnverhandlungen in Deutschland	86
3.2 Zur Modellierung von Lohnverhandlungen	94
3.3 Steuern und Lohnverhandlungen.....	97
3.4 Reform der Faktoreinkommensbesteuerung und Lohnverhandlungen.....	105
3.5 Eine numerische Illustration	111
3.6 Steuerprogression und Beschäftigung	114
3.7 Langfristige Beschäftigungseffekte.....	117
3.8 Anhänge	121
 4. Kapitel: Löhne und Gewinnbeteiligung	133
4.1 Das Beteiligungsmodell von Weitzman.....	134
4.2 Sparlohn statt Barlohn I: Der Vorschlag von Sinn.....	141
4.3 Gewinnbeteiligung und endogene Lohnsetzung	143
4.4 Sparlohn statt Barlohn II: Langfristig mehr Beschäftigung	156
4.5 Anhang.....	162

5. Kapitel: Staatliche Gewinnbeteiligung	163
5.1 Die Umstellung der Arbeitslosenversicherung	164
5.2 Staatliche Gewinnbeteiligung und Lohnverhandlungen	176
5.3 Anhänge.....	184
6. Kapitel: Ein umfassendes Bündnis für Arbeit.....	187
6.1 Staatliche Gewinnbeteiligung, Steuerreform und Tarifpolitik	190
6.2 Die Ausgestaltung des Bündnisses für Arbeit	192
6.3 Der Staat und die Tarifaufonomie.....	200
6.4 Ergänzende Maßnahmen	202
7. Kapitel: Vollbeschäftigungsstaat versus Sozialstaat?.....	205
Literaturverzeichnis	209
Namensregister	219
Sachregister	222

Einführung

*Unser wichtigstes Ziel ist der
Abbau der Arbeitslosigkeit.
(Koalitionsvertrag der rot-
grünen Bundesregierung vom
20.10.1998)*

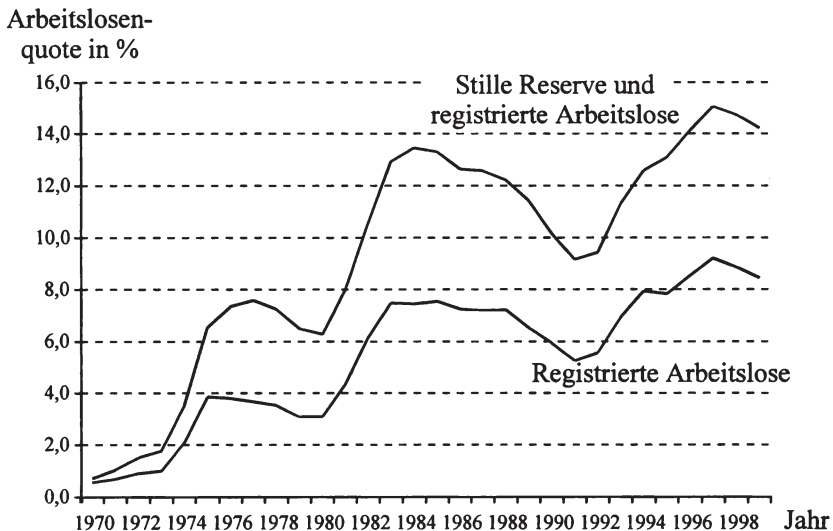
Ende des Jahres 1999 waren in der Bundesrepublik Deutschland über vier Millionen Personen offiziell als arbeitslos gemeldet, das sind 10,3% aller Erwerbspersonen. Zählt man die Stille Reserve der Arbeitsuchenden hinzu, so kommt man für Westdeutschland auf einen Anteil von knapp 15% aller Erwerbspersonen, die ohne feste Arbeit sind. In Ostdeutschland ist nach dieser Rechnung sogar jeder vierte Erwerbswillige ohne Arbeit. Auch wenn die Prognosen für 2000 eine leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt versprechen, von einer Entspannung auf dem deutschen Arbeitsmarkt kann auch in nächster Zukunft nicht die Rede sein. Die neue Bundesregierung, deren oberstes Ziel der Abbau der Arbeitslosigkeit ist, wird sich bei den nächsten Bundestagswahlen in vier Jahren vor allem daran messen lassen müssen, ob es ihr gelungen ist, ihr wichtigstes Ziel zu erreichen.

1. Arbeitslosigkeit in Deutschland

Bis Anfang der siebziger Jahre herrschte im Wirtschaftswunderland Deutschland Vollbeschäftigung, von der man aber mit der ersten Ölkrise 1973/74 dauerhaft Abschied nahm. Der drastische Einbruch der Beschäftigung im Zuge dieser Krise wurde in den Folgejahren trotz wirtschaftlicher Erholung nicht wieder wettgemacht. Mit jeder neuen Rezession stieg die Arbeitslosigkeit weiter an, ohne jemals wieder im anschließenden Wirtschaftsaufschwung auf das ursprüngliche Niveau zurückzufallen (siehe Abbildung 1). Insbesondere der lang anhaltende Wirtschaftsaufschwung in den Jahren 1983-1989 mit durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von real 2,6% ging fast völlig am Arbeitsmarkt vorbei. Erst im Wiedervereinigungsboom Anfang der neunziger Jahre sank die Arbeits-

losigkeit wieder spürbar ab. Das Niveau der siebziger Jahre wurde jedoch zu keinem Zeitpunkt wieder erreicht, von Vollbeschäftigung ganz zu schweigen.

Abbildung 1
Arbeitslosigkeit in Westdeutschland 1970-1998



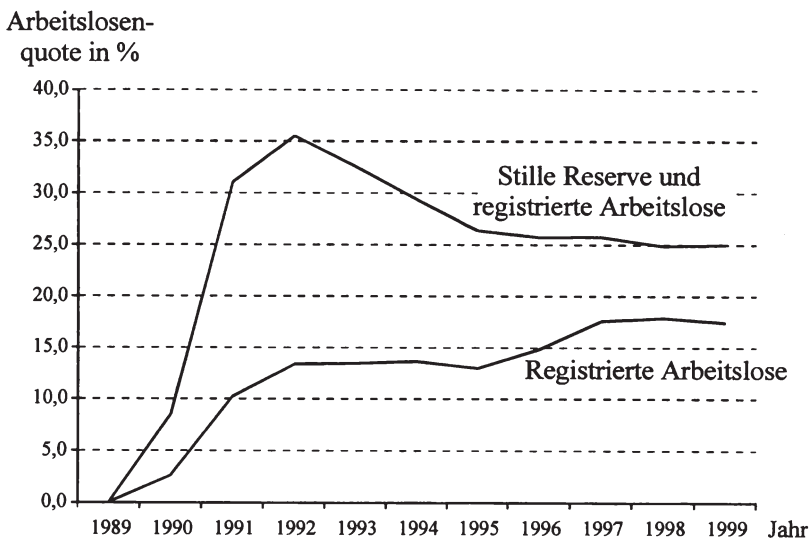
Quellen: OECD Historical Statistics, Bach et al. (1999), Thon und Bach (1998).

Legende: Die in der Abbildung ausgewiesene Rate der registrierten Arbeitslosen ist niedriger als die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenrate, da sie sich auf eine breitere Definition des Erwerbspersonenpotentials bezieht, das neben den Erwerbstätigen und den registrierten Arbeitslosen auch die Stille Reserve umfaßt. Zur Stillen Reserve zählen wegen Entmutigungs- und Verdrängungseffekten aus dem Arbeitsmarkt ausgeschiedene potentielle Erwerbspersonen, hinzu kommen Teilnehmer in Rehabilitationsmaßnahmen und in Fort- und Umbildungsmaßnahmen (Vollzeit), Vorruhestandsgeldempfänger, Altersübergangsgeldempfänger, sowie Empfänger von Renten, sofern die Renten aus Arbeitsmarktgründen gewährt wurden (vgl. hierzu Thon und Bach, 1998).

Noch weitaus dramatischer stellt sich die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt dar. In der Folge der Wiedervereinigung brach der ostdeutsche Arbeitsmarkt 1991 völlig ein. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen vermag das Ausmaß dieses Einbruchs kaum zu verdeutlichen. Zählt man jedoch diejenigen Arbeitskräfte hinzu, die kurzfristig durch vorübergehende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen weiter beschäftigt wurden, so

zeigt sich, daß 1991/92 mehr als jeder dritte Erwerbswillige in Ostdeutschland ohne Arbeit war, bzw. nur eine von staatlichen Maßnahmen abhängige Arbeit besaß (vgl. Abbildung 2). Zwar ging die Arbeitslosenrate in den Folgejahren leicht zurück – nicht zuletzt auch aufgrund der Abwanderung nach Westdeutschland –, seit 1995 jedoch verharrt die Zahl der Arbeitslosen einschließlich der Stillen Reserve in Ostdeutschland auf einem Niveau von deutlich über 25%.

Abbildung 2
Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland 1989-1998



Quelle: Bach et al. (1999).

Legende: Siehe Abbildung 1. Zur Stillen Reserve zählen in Ostdeutschland außerdem noch die in ABM- und Strukturanpassungsmaßnahmen Beschäftigten sowie die Kurzarbeiter in Arbeitslosenäquivalenten.

Mögliche Ursachen

Die Entwicklung des westdeutschen Arbeitsmarktes läßt zunächst einmal auf konjunkturelle Einflüsse auf die Arbeitslosigkeit schließen, denn mit jedem konjunkturellen Einbruch nahm die Arbeitslosigkeit sprunghaft zu. Doch wären alleine konjunkturelle Faktoren für die Entwicklung der Arbeitslosenrate verantwortlich, so hätte man jedesmal mit dem anschließenden Wirtschaftsaufschwung eine Rückkehr zur ursprünglichen

Situation auf dem Arbeitsmarkt beobachten müssen. Dem ist jedoch nicht so, vielmehr stagnierte die Arbeitslosenrate nach jeder Rezession auf einem höheren Niveau als zuvor. Diese Beharrungstendenz nach jedem Aufschwung läßt sich nicht mit konjunkturellen Einflüssen erklären.

Nicht durch konjunkturelle Einflüsse bedingte Arbeitslosigkeit wird als strukturelle Arbeitslosigkeit bezeichnet. Gemeint ist damit diejenige Arbeitslosigkeit, die mit einer sich nicht beschleunigenden Inflationsrate vereinbar ist, bekannt auch als NAIRU (Non-accelerating-inflation rate of unemployment). Wenn die Zahl der Arbeitslosen hinreichend niedrig ist, so führt eine steigende Arbeitsnachfrage zu höheren Löhnen und dies erhöht den Inflationsdruck. Lohnerhöhungen und damit verbundene Preiserhöhungen sind hingegen kaum zu erwarten, wenn die Arbeitslosigkeit hoch ist und die Unternehmen keine Probleme haben, geeignete Arbeitskräfte zu finden. Die gleichgewichtige oder strukturelle Arbeitslosenrate gibt nun diejenige Arbeitslosenrate an, ab der eine Zunahme der Arbeitsnachfrage zu steigenden Löhnen und in der Folge zu steigender Inflation führt (vgl. hierzu etwa Layard, Nickell und Jackman 1991 oder Franz 1996).

In mehreren Studien wird in der Tat nur ein geringer Teil der Arbeitslosigkeit auf konjunkturelle Einflüsse zurückgeführt. So argumentiert etwa die OECD (1997a), daß zwar ein großer Anteil des Anstiegs der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland Anfang der neunziger Jahren auf konjunkturelle Faktoren zurückzuführen ist, betont aber, daß in der Folge aber auch die strukturelle Arbeitslosigkeit angestiegen ist. Für das Jahr 1996 bezeichnet die OECD über 90% der Arbeitslosigkeit als strukturelle Arbeitslosigkeit. Für das Jahr 1997 kommt sie auf einen Wert von ca. 83% (vgl. Elmeskov und Kohl 1998).¹ Insgesamt weisen beide Studien einen deutlichen Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit in den neunziger Jahren aus. Was sind die Ursachen dieser Entwicklung?

Seit Beginn der achtziger Jahre ist in allen europäischen Ländern insbesondere die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften relativ zum Arbeitsangebot gefallen. In Deutschland führte dies von 1982 bis 1993 zu einem Verlust von über 4% der Arbeitsplätze für gering qualifizierter Arbeitskräfte (OECD 1997b, S. 96) mit der Folge, daß überproportional viele Arbeitnehmer ohne abgeschlossene Ausbildung

¹ Sowohl Franz (1997) als auch Schalk, Lüschor und Untiedt (1997) weisen einen etwas niedrigeren Anteil der strukturellen Arbeitslosigkeit in Deutschland aus. Beide Studien kommen für 1995 auf einen Anteil der strukturellen Arbeitslosigkeit von etwa 2/3.

arbeitslos sind. In Westdeutschland waren 1998 23,3 % aller Erwerbspersonen ohne abgeschlossene Ausbildung offiziell arbeitslos gemeldet, in Ostdeutschland waren es über 53 % (vgl. Reinberg und Rauch 1998, S. 13). Der verringerten Arbeitsnachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften steht keine entsprechende Zunahme der Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften gegenüber.

Für den Rückgang der heimischen Nachfrage nach Arbeitskräften, insbesondere nach Arbeitskräften mit geringer Qualifikation, wird häufig die zunehmende Globalisierung der Märkte und der damit verbundene zunehmende Wettbewerbsdruck verantwortlich gemacht.² Die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie in den letzten Jahrzehnten hat nicht nur die internationalen Finanzmärkte völlig umgestellt, sondern auch die internationale Arbeitsteilung beschleunigt. Wurden früher vorwiegend Industriebranchen – wie etwa die Textilwarenbranche oder die Spielwarenindustrie – Opfer der Globalisierung, so werden heute auch zunehmend Dienstleistungen aus Niedriglohnländern angeboten. Im Zeitalter der elektronischen Datenübertragung spielen Entfernungen keine Rolle mehr. Softwareprogrammierer sitzen heute in Indien, westliche Verlage lassen ihre Bücher in China setzen.

Doch auch die Politik hat durch den kontinuierlich betriebenen Abbau der Handelsbarrieren ihren Beitrag dazu geleistet, die früher nationalen Märkte international immer stärker zu verflechten. Einen unerwarteten Schub erhielt diese Entwicklung durch den Zusammenbruch des Ostblocks. Unzählige gut ausgebildete Arbeitskräfte stehen nur ein paar hundert Kilometer östlich des früher undurchlässigen Eisernen Vorhangs bereit, entweder in den goldenen Westen zu wandern oder aber vor Ort für die westlichen Nachfrager zu produzieren. Bei Arbeitskosten, die oft nicht einmal ein Zehntel der westdeutschen Arbeitskosten betragen, verschärft diese Situation den internationalen Wettbewerb gerade bei solchen Gütern, die wegen hoher Transportkosten aus den asiatischen Niedriglohnländern nicht geliefert werden. Als Beispiele für solche Produkte nennt Sinn (1997a) Möbel, Baumaterialien oder Grundstoffe der chemischen Industrie.

Es gibt jedoch auch Stimmen, die die zunehmende Arbeitslosigkeit nicht der Globalisierung der Märkte zuschreiben wollen. Wenn, so lautet das Gegenargument, die Billiglohnkonkurrenz die gering bezahlten Arbeitsplätze in den entwickelten Ländern tatsächlich gefährden würden, dann müßten vor allem diejenigen Branchen davon betroffen sein, die sehr

² Siehe hierzu insbesondere Wood (1994,1995).

arbeitsintensiv sind. Doch zeigt sich, daß nicht nur in den von den Billiglohnimporten betroffenen Branchen die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften im Vergleich zu höher qualifizierten Arbeitskräften gefallen ist, sondern daß nahezu alle Branchen gleichermaßen davon betroffen sind (siehe hierzu etwa Lawrence und Slaughter 1993, Krugman und Lawrence 1994, Greenwood und Yorukoglu 1997). Das, so die Schlußfolgerung, spricht dafür, daß andere Faktoren als der zunehmende Welthandel dafür verantwortlich gemacht werden müssen. Als Hauptursache wird der arbeitssparende technische Fortschritt genannt, der insbesondere dazu beigetragen habe, daß die Aufgaben gering qualifizierter Arbeit immer stärker durch Computer und Maschinen ersetzt werden.

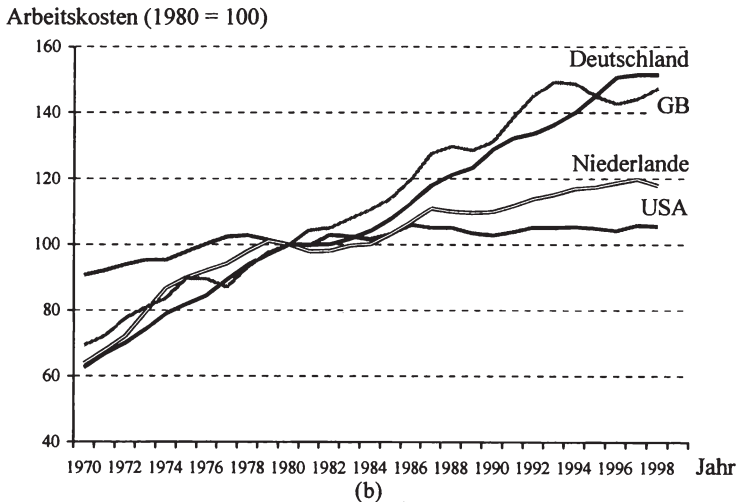
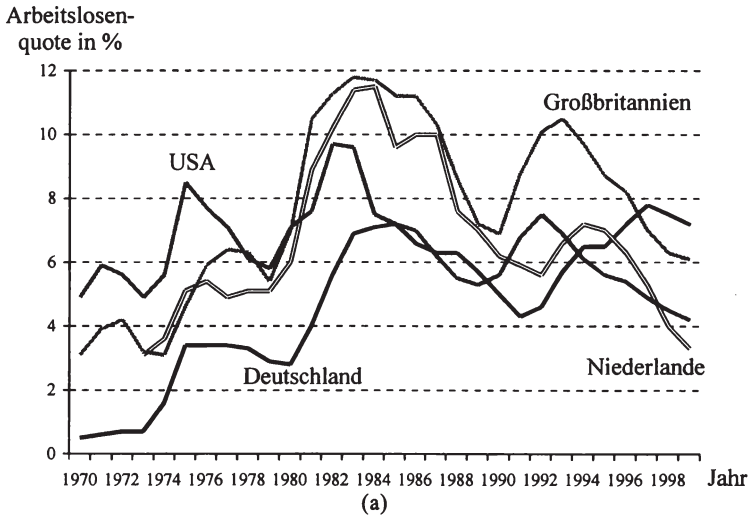
Beide Argumente sind nicht losgelöst voneinander zu sehen. Der zunehmende internationale Wettbewerbsdruck hat dazu beigetragen, daß Unternehmen immer schneller auf die jeweils neuesten Technologien umsteigen (OECD 1996). Umgekehrt hat der Einsatz neuer Informationstechnologien entscheidenden Anteil an der immer engeren Verzahnung der Weltmärkte.³ Unabhängig davon, welcher Anteil dem zunehmenden Welthandel und welcher Anteil dem technologischen Fortschritt am Rückgang der Arbeitsnachfrage in den industrialisierten Staaten zukommt, läßt sich jedoch festhalten, daß sich die Knappheitsverhältnisse von Arbeit und Kapital drastisch verändert haben. Arbeit, insbesondere gering qualifizierte, steht im Überfluß zur Verfügung, Kapital, das im Zuge der zunehmenden Verflechtung der Märkte immer mehr gewinnbringende Verwendungsmöglichkeiten findet, ist hingegen relativ zur Arbeit knapp geworden.

Blick über die Grenzen

Die veränderten Knappheitsverhältnisse von Kapital und Arbeit stellen die Arbeitsmärkte vor gravierende Probleme. Doch wie ein internationaler Vergleich mit drei ausgewählten Ländern – den USA, Großbritannien und den Niederlanden – zeigt, haben die Arbeitsmärkte dieser drei Länder den Rückgang wesentlich besser verkraftet als der deutsche Arbeitsmarkt.

³ Williamson (1998) weist in diesem Zusammenhang auf die Parallelen zur Entwicklung der heutigen OECD-Staaten in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hin, als insbesondere die rapide sinkenden Frachtkosten in Verbindung mit liberaleren Handelspolitiken eine rasante Integration der davor weitgehend national orientierten Märkte bewirkten.

Abbildung 3
Arbeitslosenrate und Arbeitskosten im internationalen Vergleich



Quellen: U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, Office of Productivity and Technology, März 1998, Aktualisierung aus Main Economic Indicators, February 1999.

Legende: Die Arbeitslosenraten bis 1997 beziehen sich auf das amerikanische Konzept der Berechnung der Arbeitslosenrate. Die Zahlen für 1998 entsprechen der von der OECD ausgewiesenen standardisierten Arbeitslosenrate, so daß die Zahlen für 1998 nicht vollständig mit den Zahlen bis 1997 vergleichbar ist. Die Arbeitskosten entsprechen der realen Stundenentlohnung im verarbeitenden Gewerbe.

Aus Abbildung 3a ist ersichtlich, daß die Arbeitslosenrate in Westdeutschland bis in die Mitte der achtziger Jahre unter der der USA lag, deren Arbeitsmarkt oft als der flexibelste und am wenigsten regulierte Arbeitsmarkt angesehen wird. Noch besser schnitt Westdeutschland anfangs im Vergleich zu den beiden europäischen Ländern ab, den Niederlanden und Großbritannien. Bis Anfang der neunziger Jahre verlief die Entwicklung auf den Arbeitsmärkten dieser drei Länder gleichgerichtet, in Westdeutschland jedoch auf einem signifikant niedrigerem Niveau.

Ab dem Jahr 1992 nahm die Arbeitslosigkeit dann sowohl in Großbritannien als auch in den Niederlanden deutlich ab – beide Länder konnten ihre Arbeitslosenrate 1998 um ca. 40% gegenüber dem Höchststand 1992/93 verringern –, während die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland kontinuierlich anstieg, von 4,3% im Jahr 1991 auf 7,8% im Jahr 1997. Erst seit 1998, als die Arbeitslosenrate erstmals wieder leicht um 0,3 Prozentpunkte auf 7,5% fiel, ist eine leichte Besserung zu erkennen.

In den USA ist kein langfristiger Trend erkennbar. Während aber in Deutschland die Arbeitslosigkeit in den neunziger Jahren auf hohem Niveau stagnierte, vermeldet das Bureau of Labor Statistics immer neue Beschäftigungsrekorde für den amerikanischen Arbeitsmarkt. Als Grund hierfür wird stets auf die große Flexibilität verwiesen, die es dem amerikanischen Arbeitsmarkt erlaubt, auf einen Rückgang der Arbeitsnachfrage mit fallenden Löhnen zu reagieren (siehe hierzu etwa Lindbeck 1996 und Nickell 1997). Wie Abbildung 3b zeigt, sind die durchschnittlichen Löhne in den USA von 1980 bis 1997 gerade einmal um real 6% gestiegen. Noch krasser ist dabei das Bild bei den gering qualifizierten Arbeitskräften, deren Nachfrage relativ zu höher qualifizierten Arbeitskräften deutlich fiel. Die Löhne gering qualifizierter männlicher Arbeitskräfte in den USA sind im Zeitraum 1985 bis 1995 real um über 10% gefallen. Zum Vergleich: In Westdeutschland sind die Reallöhne gering qualifizierter männlicher Arbeitskräfte von 1983 bis 1993 real um 27% gestiegen (OECD 1996, S. 67).

Auch in Großbritannien werden die Arbeitsmarkterfolge der letzten Jahre auf eine konsequentere marktwirtschaftliche Orientierung der Politik zurückgeführt, die neben einer Liberalisierung der Gütermärkte vor allem auch ein Zurückdrängen des Gewerkschaftseinflusses betrieb (vgl. Nickell und van Ours 1999). Während bis 1992 das reale Lohn Einkommen in etwa dem gleichen Wachstumspfad wie in Westdeutschland folgt, sind die Löhne ab 1993 im Durchschnitt leicht gefallen. Eine wichtige Voraussetzung dafür war die starke Spreizung der Lohnstrukturen, die das Entstehen niedrig entlohnter Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor

begünstigte (vgl. Klodt 1998). Allerdings hat diese Entwicklung Konsequenzen für die funktionale Einkommensverteilung. Wie in den USA wurde auch in Großbritannien der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt mit einer starken Zunahme der Armut erkaufte (vgl. Atkinson 1998 und Smeeding 1997).

Auf Arbeitsmärkten, in denen das freie Spiel der Marktkräfte wie in den USA funktioniert, führt der Rückgang der Arbeitsnachfrage zwangsläufig zu Lohnsenkungen. Wenn diese Marktkräfte hingegen außer Kraft gesetzt sind und die Löhne wie in den meisten kontinentaleuropäischen Staaten nach unten starr sind, wird der Rückgang der Arbeitsnachfrage zwangsläufig zu höherer Arbeitslosigkeit führen. Krugman (1995) gebrauchte denn auch für den Vergleich von USA und Europa die einprägsame Formel: „Europe Jobless, America Penniless“.

Das Beispiel Holland zeigt jedoch, daß diese Formel keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit hat. In Holland erreichte die Arbeitslosigkeit im Jahr 1983 ihren Höhepunkt mit knapp 12%. Doch seit dem Abkommen von Wassenaar Ende 1982, in dem sich Unternehmer und Gewerkschaften auf eine gemeinsame Linie im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verständigten, ist die Arbeitslosenrate um 5,5 Prozentpunkte auf 1998 6,3% abgesunken, Tendenz weiter fallend.⁴ Damit hat Holland gezeigt, daß auch ein Land, dessen Arbeitsmarkt nicht durch ein völlig freies Spiel der Kräfte bestimmt wird, in der Lage ist, einen Rückgang der Arbeitsnachfrage aufzufangen. So haben sich die Gewerkschaften in den letzten Jahren mit einem im Vergleich zu Deutschland weitaus geringerem Lohnwachstum zufrieden gegeben. Belohnt wurde diese Lohnzurückhaltung mit einer Ausweitung der Beschäftigung um mehr als 20%, wobei der Erfolg im Gegensatz zu den USA und Großbritannien ohne allzu große Lohnspreizung erzielt wurde (vgl. OECD 1997b, S. 7). Was in USA und Großbritannien das freie Spiel der Marktkräfte bewirkte, schafften in Holland die Tarifparteien durch Kooperation.

Die bisherigen Ausführungen zeigen, daß diejenigen Länder, die auf die sinkende Arbeitsnachfrage mit moderateren Löhnen antworteten, eine wesentlich bessere Arbeitsmarktbilanz aufzuweisen haben als Deutschland. Das legt nahe, daß zu hohe Arbeitskosten, insbesondere bei gering qualifizierten Arbeitskräften, die Hauptursache für die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland sind.

⁴ Für eine ausführliche Diskussion des holländischen Arbeitsmarktwunders siehe u.a. Nickell und van Ours (1999), van Empel (1997), Stille (1998) oder Visser und Hemerijk (1998).

Was anhand des internationalen Vergleichs für Westdeutschland gezeigt wurde, gilt auch für Ostdeutschland. Dort stiegen die Löhne in den ersten vier Jahren nach der Wiedervereinigung von knapp 40% des Westlohns kurz nach der Währungsumstellung auf über 70% des Westlohns. Erst seit 1994 bremste sich das Lohnwachstum ab und die Löhne wachsen seither in etwa mit der gleichen Rate wie die westdeutschen Löhne. Die Folgen dieser Politik lassen sich in der Arbeitslosenstatistik nachlesen, wo Ostdeutschland mit 19,1% im internationalen Vergleich eine Spitzenposition einnimmt.⁵

2. Tarifaufonomie und Verteilungskampf

Starre Löhne werden in Deutschland auf das System der Tarifaufonomie zurückgeführt. Darunter versteht man das verfassungsrechtlich garantierte Recht der Tarifparteien, also der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, frei von staatlicher Einflußnahme Löhne und Arbeitsbedingungen zu vereinbaren (vgl. Artikel 9 Abs. 3 GG). Dabei geht es den einzelnen Tarifparteien jedoch nicht um die Verteidigung oder Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Die Lohnverhandlungen dienen vielmehr dazu festzulegen, welchen Teil des Sozialprodukts die Arbeitnehmer und welchen Teil die Kapitalgeber erhalten. Es ist offenkundig, daß die Arbeitgeberseite unmittelbar kein eigenes Interesse an Vollbeschäftigung hat. Doch auch die Gewerkschaften sind, da der Sozialstaat viele ursprünglich gewerkschaftliche Funktionen wie die Einkommensabsicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Invalidität übernommen hat, heute im wesentlichen auf die Absicherung des materiellen Lebensstandards ihrer Mitglieder durch ein angemessenes Arbeitseinkommen aus.

Bis in die siebziger Jahre hinein war der im Rahmen der Tarifaufonomie stattfindende Verteilungskampf mit Vollbeschäftigung kompatibel. Arbeit war im Verhältnis zu Kapital in Deutschland knapp und dies erlaubte es den Arbeitnehmern, immer höhere Löhne auszuhandeln, die die Unternehmen bereit waren zu zahlen, wollten sie ihre Arbeiter nicht an andere Unternehmen im Lande verlieren. Die hohen Wachstumsraten des Sozialprodukts in Deutschland machten den Unternehmen diese Konzessionen relativ leicht, denn obwohl die Reallöhne im Verhältnis zum realen Sozialprodukt bis 1982 kontinuierlich anwuchsen, gingen dadurch die

⁵ Für eine ausführliche Darstellung der Entwicklung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt nach der Wiedervereinigung siehe Sinn und Sinn (1993, Kapitel 3) und Sinn (1995).

Namensregister

- Agell, J. 48
Akerlof, G. A. 48
Alesina, A. 50
Allen, R. G. D. 99
Anderson, S. 146, 151
Andrews, M. 92
Atkinson, A. B. 9
Auerbach, A. J. 25
Azariadis, C. 161
Bach, H.-U. 2f, 196f
Baily, M. N. 161
Balassa, B. A. 74
Baxter, M. 39
Bayoumi, T. 39
Bean, C. R. 93
Berger, H. V
Berthold, N. 74, 93
Bewley, T. F. 48, 143
Binmore, K. G. 96, 122, 124
Blanchard, O. J. 119
Blattner, N. 74
Blattner, P. 134
Boeters, S. 201
Bofinger, P. 74
Booth, A. 91, 144
Bovenberg, A. L. 39, 67
Bruce, N. 40
Bruno, M. 93
Bucovetsky, S. 32, 39, 76
Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 89f
Calmfors, L. 93
Campbell, C. M. 48
Carstensen, V. 160
Chamberlin, E. H. 49
Clark, A. E. 44
Creedy, J. 96
Crucini, M. J. 39
Darity, W. 43
Daveri, F. 120
Devereux, M. 146, 151
DIW 195
Dixit, A. K. 49
Dowrick, S. 152
Driffill, J. 93
Dunlop, J. T. 144
Eaton, B. C. 49
Eder, M. 134
Edwards, J. V
Eggert, W. V, 39
Elmeskov, J. 4, 120
Empel, F. v. 9
Expertenkommission Wohnungspolitik 26
Falk, A. 48
Fehn, R. 93
Fehr, E. 48
Feist, H. V
Feldstein, M. S. 39
FitzRoy, F. R. 160
Flaig, G. 197
Franz, W. 4, 86, 88, 90f
Frenkel, J. A. 24f
Fuest, C. V, 41, 65, 115, 201
Gächter, S. 48
Gerlach, K. 44, 160ff
Giersch, H. 75
Goldsmith, A. H. 43
Gordon, D. F. 161
Gordon, R. H. 32, 39f, 76
Gravelle, H. 126
Greenhut, M. L. 50
Greenwood, J. 6
Grossman, G. M. 144
Grossman, S. J. 92
Hall, R. E. 27
Hamermesh, D. S. 99f, 197
Hart, O. D. 92
Hart, R. A. 160
Haufler, A. V, 25, 39
Hemerijk, A. 9
Hersoug, T. 201

- Hoel, M. 147
 Holm, P. 105, 114
 Holmlund, B. 146, 153, 155f
 Honkapohja, S. 105
 Horioka, C. 39
 Horn, E.-J. 74
 Huber, B. 115, 201
 Hübler, O. 160, 162
 Huizinga, H. 67
 Hung, C.-S. 50
 IfW 195
 Institut der deutschen Wirtschaft 160
 Jackman, R. 91f, 117f, 120, 145
 Jänsch, G. 191
 Jorgenson, D. W. 27
 Kamlani, K. S. 48
 Katz, L. 119
 Kemp, M. C. 39
 Keynes, J. M. 48
 Kiander, J. 114
 Klodt, H. 9
 Knoester, A. 120
 König, H. 191
 Kohl, R. 4
 Konzen, H. 90, 200
 Koskela, E. V, 49, 78, 105, 114
 Kraft, K. 159f
 Krugman, P. 6, 9, 74
 Kruse, D. L. 159
 Lambert, P. J. 114
 Lancaster, K. 49
 Langenmantel, E. 20
 Layard, R. G. 91ff, 117f, 120, 146, 153, 155f
 Lawrence, R. Z. 6
 Lehmann, K. 161
 Lindbeck, A. 8
 Lipsey, R. G. 49
 Lockwood, B. 105, 114
 Lundborg, P. 48
 Lunke, E. V
 Lunke, M. V
 Lüscho, J. 4
 MacDougall, G. D. A. 32, 39
 MacKie-Mason, J. K. 40
 Manning, A. 105, 114
 Martin, J. 120
 McDonald, I. M. 92, 96
 Meade, J. 140, 143, 147
 Meyer, W. 89
 Michaelis, J. 134, 140, 151f, 156
 Mintz, J. 40
 Moene, K. O. 147
 Morgenstern, O. 121
 Möschel, W. 11
 Müller-Jentsch, W. 86ff
 Musgrave, R. A. 40, 114
 Nash, J. 91, 96, 121f, 124ff
 Neumann, J. v. 121
 Nickell, S. J. 4, 8f, 91ff, 117f, 120, 146, 153, 155f
 Nielsen, S. B. 67
 Nordhaus, W. 137
 Norman, G. 50
 OECD 2, 4, 6ff, 12, 19, 25, 27f, 90, 93, 160, 162, 202
 Ohr, R. 75
 Okun, A. 48
 Osborne, M. J. 144
 Oswald, A. J. 44, 92, 96, 144
 Ours, J. v. 8f, 120
 Palokangas, T. 201
 Pege, W. 87
 Pemberton, J. 144
 Pencavel, J. D. 144
 Perotti, R. 50
 Ploeg, R. v. d. 67
 Pohjola, M. 146, 151
 Pohlmeier, W. 191
 Rauch, A. 5
 Razin, A. 24f, 32
 Rees, R. V, 126
 Reinberg, A. 5
 Revel, S. W. 86, 89f
 Richman, P. 32
 Richter, W. 201
 Reutter, M. V
 Robinson, J. 49
 Rogoff, K. 204
 Rottmann, H. 197
 Rubinstein, A. 96
 Sachs, J. D. 93
 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage 73
 Sadka, E. 24f, 32
 Saint-Paul, G. 12
 Scarpetta, S. 120
 Schalk, H. J. 4
 Schares, C. 147
 Schnabel, C. 87, 88

- Schneider, D. 27
Schneider, K. 201
Schöb, R. 49, 78, 161
Scholten, U. V, 25f
Schröder, G. 187f
Sinn, G. 10
Sinn, H.-W. V, 5, 10, 23ff, 38f, 49, 141ff, 156ff, 161, 166, 175
Slaughter, M. J. 6
Smeeding, T. M. 9
Solow, R. 43, 48, 92
Sørensen, P. B. 115
Soskice, D. 93
Spitznagel, E. 196f
Stark, E. 191
Stephan, G. 44
Steuerreform-Kommission 195
Stiglitz, J. E. 49
Stille, F. 1f, 9
Stobernack, M. 112
Summers, L. 140, 143
Tabellini, G. 120
Thin, T. 114
Thon, M. 2
Thum, C. V
Thum, M. V
Treble, J. 161
Tulkens, H. 40
Tyrväinen, T. 120
Ulph, D. T. 144
Untiedt, G. 4
Uvalic, M. 160, 162
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger 20f, 196
Vilmunen, J. 114
Visser, J. 9
Vogler-Ludwig, K. 20
Wadhwani, S. 147
Wagner, J. 88
Weichenrieder, A. V, 25
Weitzman, M. 133ff, 138ff, 145, 157ff
Wildasin, D. E. 161
Williamson, J. G. 6
Wilson, J. D. 32, 39, 76
Windt, N. v. d. 120
Winkelmann, L. 44
Winkelmann, R. 44
Wissenschaftlicher Beirat beim Wirtschaftsministerium 20
Wolinsky, A. 96
Wood, A. 5
Yellen, J. L. 48
Yorokoglu, M. 6
Zwickel, K. 200

Sachregister

Abschreibungen

- beschleunigte 23f, 27, 28
- ökonomisch korrekte 24
- steuerliche 17, 27

Aktiengesellschaften 23, 141, 166

Allgemeinverbindlichkeitserklärung 90

Arbeit

- Grenzerlösprodukt 59ff, 134ff, 147, 159, 166f, 169f, 177
- Grenzproduktivität 29f, 34, 37, 100
- Arbeitgeber 86, 88ff, 187, 189, 193, 200f, 206
- Arbeitgeberverbände, *siehe* Arbeitgeber
- Arbeitnehmerfreibetrag 21, 52, 203
- Arbeitnehmer-Steuerergutschrift 203
- Arbeitnehmerrente, *siehe auch*
 - Wohlfahrt, 31, 37f, 41, 43f, 68f, 78
- Arbeitskampf, *siehe auch* Streik, 91, 94
- Arbeitskosten
 - internationaler Vergleich 7ff
- Arbeitskräfte
 - gering qualifizierte 4ff, 47, 120, 188, 202f
 - hoch qualifizierte 6ff
- Arbeitsleid, *siehe auch* Wohlfahrt, 31, 43f, 52f, 58ff, 95
- Arbeitslosenrate
 - Einfluß auf Lohnverhandlungen 117ff, 153 ff, 158f, 182
 - in Deutschland 2f
 - internationaler Vergleich 7ff
 - Schätzung 196ff
- Arbeitslosenunterstützung 52ff
 - und Faktoreinkommensbesteuerung 65ff,
 - und Lohnverhandlungen 95ff, 114f, 117ff, 147, 153ff, 166, 197
- Arbeitslosenversicherung 20f
 - Umstellung auf staatliche Gewinnbeteiligung 15, 163ff, 174ff, 182ff, 187, 190, 192ff, 198, 204

Arbeitslosigkeit

- freiwillige vs unfreiwillige 40ff
- konjunkturelle 3, 140
- steuerinduzierte 42ff, 47, 72, 85, 121, 159, 205f
- strukturelle 4, 140
- unfreiwillige 53ff, 57ff, 65ff, 174f, 182f
- Arbeitsplatzsubvention 98, 203
- Berufsgewerkschaften 87
- Beschäftigungseffekte, *siehe auch*
 - Faktoreinkommensbesteuerung und staatliche Gewinnbeteiligung im Sinn-Modell 158f
 - im Weitzman-Modell 135ff, 150, 153ff
 - im Bündnis für Arbeit 189ff, 196ff
- Beteiligungsrechte 141
- Bruttorendite, *siehe* Zins
- Budgetüberschuß
 - staatlicher 61f, 66, 82, 171ff, 180, 195ff
- Bundesanstalt für Arbeit 163ff, 173, 175ff, 183, 192ff, 198, 204f
 - Gewinnanteil 164, 179
- Bundesregierung 187f, 193, 195, 200, 204, 206
- Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände 88
- Bündnis für Arbeit 14f, 121, 163, 187ff, 206f
- Calmfors-Driffill These 93
- Cash-flow 26
- CES-Produktionsfunktion 82, 98
- Christlicher Gewerkschaftsbund 87
- Cobb-Douglas Produktionsfunktion 108f, 113, 118, 151, 154f, 183
- Deutsche Angestellten-Gewerkschaft 87
- Deutscher Gewerkschaftsbund 87
- Deutscher Beamtenbund 87

- Eigenkapitalanteile 141, 166
- Eigentumsgarantie 152
- Einkommensdefinition nach
 - Schanz-Haig-Simons 24
- Einkommensteuer 18ff, 23ff
 - veranlagte 19
- Entscheidungsfreiheit
 - unternehmerische 152
- Elastizität, *siehe auch*
 - Substitutionselastizität und
 - Nettolohnelastizität
- Arbeitsnachfrage– 80, 96, 99ff, 128, 149, 155, 178f, 196f
- Güter– 51, 63f, 67, 99f, 112ff, 149, 168, 173, 196f
- Kapitalnachfrage– 80, 99f
- Kreuzpreis– 80, 99
- Steueraufkommens– 106f
- Entlassungen 92f, 101, 117
- Ersparnis
 - Besteuerung 23, 27, 39
- Existenzminimum
 - sozio-kulturelles 18
- Faktoreinkommensbesteuerung, Reform 14f
 - Ausgangslage 46f
 - und Arbeitskosten 192, 194, 205
 - und Beschäftigung 47ff, 56ff, 64ff, 104f, 107ff, 117ff, 192
 - und Gewinne 47, 57f, 61, 67ff, 75
 - und internationale Wettbewerbsfähigkeit 72ff
 - und Investitionen 71ff, 206
 - und Lohnverhandlungen 85f, 105ff, 117, 120f, 183, 187, 190ff, 198, 205f
 - und Produktionsniveau 61, 64ff, 74, 105, 109
 - und Volkseinkommen 68f
 - und Wohlfahrt 58ff, 69ff, 77f, 110
- Faktorpreisverhältnis 55ff, 62, 78, 172f, 196ff
- Festlohnsystem 134ff, 146ff, 158, 161f
- Finanzpolitik 13, 46, 72, 192
- Firmentarifvertrag 89
- Freistellungsverfahren 25
- Friedenspflicht 91
- Fortschritt, technischer 6, 48
- Gesellschaft mit beschränkter Haftung 23
- Gewerbeertragsteuer 24, 26
- Gewerbesteuer 19
- Gewerkschaften 85ff, 101ff, 176ff, 187f, 190ff, 200f, 204
- Monopol– 97, 101, 111
- Rückfallposition 85, 96, 152, 157, 177
- Verhandlungsmacht 93, 96, 111, 122, 130ff, 148
- Gewinnanteil
 - Anteilseigner 136, 145f, 151, 161, 169, 177, 179
 - Arbeitnehmer 135ff, 140ff, 146ff, 154ff
 - staatlicher 163ff, 177ff, 183
- Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer 15, 133f, 162f
 - empirisch 160
 - Produktivitätseffekte 159
- Sinn-Modell 141ff, 156ff, 161, 175
- staatliche Förderung 162f
- und Investitionen 147
- Weitzman-Modell 134ff, 149ff, 153ff, 159f, 162, 175
- Gewinnbeteiligung, staatliche 15, 163ff, 178ff, 187
 - und Arbeitskosten 190, 192, 194ff, 205
 - und Beschäftigung 162ff, 169ff, 181ff, 190
 - und internationale Wettbewerbsfähigkeit 175
 - und Investitionen 174ff, 182, 206
 - und Produktionsniveau 163, 173f, 182
 - und Volkseinkommen 174
 - und Wohlfahrt 174f, 182
- Gewinne, *siehe auch* Faktor–
einkommensbesteuerung *und*
Gewinnbeteiligung, 51, 96ff, 190, 192ff, 199, 206
 - ausgeschüttete 23
 - einbehaltene 19, 23ff
 - Besteuerung 40, 67, 79
 - Monopol– 67
- Globalisierung 5, 32
- Grenzproduktivitätsverhältnis 55f, 172f
- Grenzsteueraufkommen 106, 109, 130
- Grundfreibetrag
 - steuerlicher 19, 22

- Grundlohn bei Gewinnbeteiligung
 135ff, 141f, 146ff, 152ff
 Implizite Kontrakte 161
 Industriegewerkschaften 87
 Inflationsausgleich 194, 203
 Informationstechnologien 5f
 Information
 asymmetrische 40, 79, 92
 Insider 140ff, 151, 156ff, 167, 175
 Investitionen, *siehe auch* Faktor-
 einkommensbesteuerung und
 Gewinnbeteiligung
 Direkt- 25
 effektive Besteuerung 22ff
 marginale 23, 25
 Investitionsgüter 69, 73
 Investitionskeil 23ff, 28, 38
 Kapital
 Grenzproduktivität 23, 27, 30ff
 Kapitaleinkommensteuer 13f, 23ff, 28,
 32ff, 40f, 44ff, 51, 54ff, 76ff, 103ff,
 171ff, 180, 190f, 195, 205
 Kapitalgesellschaften 141, 166
 Kapitalkosten 17, 22, 25ff, 38, 112,
 146, 151f, 198
 Kapitalsteuersystem 47, 54ff, 63ff, 70,
 72ff, 79, 114, 205
 Kapitalsubvention 37, 48, 76, 77
 Körperschaftsteuer 19, 23ff
 Konkurrenz, monopolistische 49, 65,
 67, 145
 Konsumentenrente 50, 69, 199
 korporatistische Lösung 187, 206
 Krankenversicherung 20, 184
 Löhne
 Brutto- 20ff, 29ff, 50f, 60, 104f, 107,
 116, 119, 163ff, 181, 184f, 190, 193f,
 196, 198, 201
 Netto- 20ff, 29ff, 41ff, 47f, 51ff,
 57ff, 65ff, 77ff, 95ff, 100ff, 117ff,
 145, 163ff, 174ff, 184ff, 190ff, 201,
 203ff
 Nominal- 48
 Lohnabstand 112
 Lohndifferenzierung
 direkte 143
 Lohnersatzquote 117ff, 153, 183
 Lohnleitlinien 187, 194
 Lohnpolitik, 187ff, 200ff
 Lohnkurve 136, 142
 Lohnspreizung 8f, 143, 202f
 Lohnsteuer 14, 17ff, 28ff, 41ff, 47f,
 51f, 54ff, 67ff, 76ff, 100ff, 114ff,
 164ff, 184f, 190ff, 203, 205
 Lohnsteueraufkommen 165ff, 180, 185
 Lohnsubvention 37f
 Lohnsumme 134, 136, 142, 146, 169
 Lohnverhandlungen 10ff, 79, 85f, 91ff,
 116ff, 144ff, 163ff, 176ff, 182, 189ff,
 200f
 Manteltarifverträge 89
 Marburger Bund 87
 Mehrwertsteuer 13
 NAIRU 4
 Nash-Verhandlungslösung 91, 96,
 122ff, 148
 Nettolohnelastizität
 Kapitaleinkommensteuer 107
 Lohnsteuer 107, 109ff, 130ff
 Sozialversicherungsbeiträge 181, 185
 Nettolohnposition 193, 199, 203, 205
 Nominallohnrigidität 48
 Öffentliches Gut 52, 61f, 68, 105f
 OECD Musterabkommen zur
 Doppelbesteuerung 25
 Ostblock
 Zusammenbruch 5, 48
 Outsider 140, 143, 157f
 Personengesellschaften 141, 166
 Petersberger Steuervorschläge 195,
 198
 Pflegeversicherung 20f, 184
 Produktivitätszuwachs 194, 203
 Quellenlandprinzip 24
 Quellensteuer 25, 32, 38ff, 47, 51, 52
 Rentenversicherung 20f, 184
 Reservationseinkommen 117ff, 145,
 148ff, 176f, 182
 Right-to-Manage Modell 92ff
 Rubinsteinspiel 96, 122
 Rückfallposition
 Gewerkschaften 85, 96, 152, 157,
 177
 Unternehmen 96, 152, 177
 Schlichtung 91
 Senioritätsregeln 92, 144, 197
 Skaleneffekt 64, 109f
 Solidaritätszuschlag 19ff, 23
 Sozialer Konsens 11f
 Sozialhilfe 119

Sozialprodukt

- Anteil des Staates 12
- existierende Besitzansprüche 12, 189, 192
- Verteilung 10ff, 14f, 120, 140, 163, 187f, 205
- Zuwachs 12ff, 120, 198, 206
- Sozialstaat 13, 46, 205ff
- Sozialversicherung 12, 15, 18ff, 184ff, 193f, 199, 204
- Sparkeil 23, 27
- Stagflation 134
- Standort Deutschland 15, 49, 75, 175, 191, 199
- Steuerbemessungsgrundlage 22, 165ff, 198
- Steueraufkommen, *siehe auch* Budgetüberschuß, 18f, 54f, 57ff, 61ff, 79, 105ff, 114f
- Steuereinnahmen, *siehe* Steueraufkommen
- Steuerfreibetrag 22, 52f, 65, 85f, 95f, 115, 117, 203
- Steuergutschrift 22, 95, 97f, 104f, 112, 114ff, 176, 203f
- Steuerlast 20, 24, 30, 76
 - gering qualifizierter Arbeitskräfte 203f
- Steuerprogression 22, 85f, 114f
 - direkte 22
 - indirekte 22
 - und Beschäftigung 114ff
- Steuerreform 61ff, 68ff,
 - aufkommensneutrale 48, 60ff, 83, 86, 105ff, 114ff
 - ökologische 20
 - produktionsniveauneutrale 61ff, 66, 69
- Steuersatz
 - Durchschnitts- 20, 114
 - Eingangs- 19
 - Grenz- 19, 20, 22, 26, 95, 114, 116, 203
 - Spitzen- 19
- Steuerwettbewerb 13, 32
- Stillhalteabkommen, verteilungs-
politisches 193
- Stille Reserve 1f, 112, 197, 199
- Streik 91, 94
- Stückkosten 51, 56f, 99, 168, 172

Substituierbarkeit von Arbeit und

- Kapital 100ff, 108ff, 119f, 191f,
- Substitutionseffekt 64, 69, 74, 110, 192, 197f
- Substitutionselastizität 98ff, 102ff, 108ff, 111ff, 149, 156, 179, 181, 191
- kritischer Wert 110, 113ff
- Subventionsabbau 195
- Tarifautonomie 10f, 86, 91, 141, 146, 193, 200ff
- Tarifbereiche 88
- Tarifbericht 90
- Tarifgebundenheit 90
- Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst 87
- Tarifkommission 88
- Tarifkonflikt 11
- Tariflohn 90, 101
- Tarifparteien 9ff, 48, 89ff, 141ff, 151ff, 158f, 187ff, 201f, 206
- Tarifpolitik, *siehe* Lohnpolitik
- tarifpolitische Koordinierung 89
- Tarifverhandlungen, *siehe* Lohnverhandlungen
- Tarifverträge 85f, 89f, 92, 200
 - mit Mantelbestimmungen 89
- Tarifvertragsgesetz 86
- Terms-of-trade 69
- Transfers, staatliche 54, 61, 63, 65f, 78
- Überschußnachfrage nach Arbeit 138ff
- Unternehmen 96ff, 102ff, 134ff, 146ff, 177ff
- Verbandstarifverträge 89
- Vergütungsstarifverträge 89
- Verteilungskampf 10ff, 15, 189, 194, 198, 202, 206
- Vollbeschäftigung 10ff, 53, 70f, 136ff, 158, 205ff
- Vollbeschäftigungsstaat 205ff
- Vorsorgeaufwendungen 164f
- Vorsorgepauschale 21
- Vorzugsaktien 141, 166
- Währungsunion, europäische 48
- Wassenaar, Abkommen von 9, 207
- Wettbewerbsfähigkeit, internationale, *siehe auch* Faktoreinkommensbesteuerung und staatliche Gewinnbeteiligung, 15, 187f, 199
- Wohlfahrt, *siehe auch* Faktoreinkommensbesteuerung und staatliche

Gewinnbeteiligung, 28ff, 34ff, 41ff,
58ff, 74f, 174f, 194f
Wohlfahrtsstaat 13, 46
Wohnsitzlandprinzip 24, 38
Zeitinkonsistenz 204, 206

Zentralisationsgrad 93
Zins 22ff, 32ff, 39, 50f, 55ff, 172f
Zusatzbelastung der Besteuerung 31,
63, 76, 199